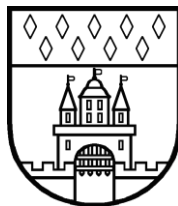


Amtsblatt

Kreisstadt



Steinfurt

Ausgegeben am: **01.07.2021**

Nr.: **18/2021**

INHALT:

Lfd. Nr.	Titel	Seite
38/2021	Satzung zur Änderung der Satzung der mildtätigen evangelischen Armenstiftung „Armenfonds I“ der Kreisstadt Steinfurt (1. Nachtrag) vom 25.06.2021	2
39/2021	Satzung zur Änderung der Satzung der mildtätigen evangelisch-katholischen Armenstiftung „Armenfonds II“ der Kreisstadt Steinfurt (1. Nachtrag) vom 25.06.2021	3
40/2021	Bebauungsplan Nr. 46b „nördlich Altemarktstraße“ - 8. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst hier: Rechtsverbindlichkeit.....	4
41/2021	Bebauungsplan Nr. 63b „Gewerbegebiet Seller-Esch – Teil III“ 1. Aufstellung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt hier: 1. Aufstellung gem. § 2 (1) BauGB 2. Durchführung der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB in der Zeit vom 09.07.2021 bis zum 20.08.2021	8

Bekanntmachung**Satzung zur Änderung der Satzung der mildtätigen evangelischen Armenstiftung „Armenfonds I“ der Kreisstadt Steinfurt (1. Nachtrag)
vom 25.06.2021**

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV NRW 2020, S. 916) hat der Rat der Kreisstadt Steinfurt in seiner Sitzung am 24.06.2021 folgende Satzung zur Änderung der Satzung der mildtätigen evangelischen Armenstiftung „Armenfonds I“ der Kreisstadt Steinfurt beschlossen:

Artikel I

§ 4 erhält folgende Fassung:

„Dem Ausschuss für die Armenfonds I und II gehören 13 Mitglieder an. Die Ausschussmitglieder werden vom Rat gewählt. Sie müssen das passive Kommunalwahlrecht besitzen; mindestens 7 von ihnen müssen Ratsmitglieder sein. Dem Presbyterium der evangelischen Kirchengemeinde des Stadtteils Burgsteinfurt und dem Kirchenvorstand der katholischen Kirchengemeinde des Stadtteils Burgsteinfurt wird ein unverbindliches Vorschlagsrecht eingeräumt. Die von den Kirchen vorgeschlagenen Mitglieder werden auf die Zahl der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger angerechnet.“

Artikel II

Diese Satzung tritt am 26.11.2020 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 25.06.2021

Az.: 20/meyer

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

Bekanntmachung

Satzung zur Änderung der Satzung der mildtätigen evangelisch-katholischen Armenstiftung „Armenfonds II“ der Kreisstadt Steinfurt (1. Nachtrag) vom 25.06.2021

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV NRW 2020, S. 916) hat der Rat der Kreisstadt Steinfurt in seiner Sitzung am 24.06.2021 folgende Satzung zur Änderung der Satzung der mildtätigen evangelisch-katholischen Armenstiftung „Armenfonds II“ der Kreisstadt Steinfurt beschlossen:

Artikel I

§ 4 erhält folgende Fassung:

„Dem Ausschuss für die Armenfonds I und II gehören 13 Mitglieder an. Die Ausschussmitglieder werden vom Rat gewählt. Sie müssen das passive Kommunalwahlrecht besitzen; mindestens 7 von ihnen müssen Ratsmitglieder sein. Dem Presbyterium der evangelischen Kirchengemeinde des Stadtteils Burgsteinfurt und dem Kirchenvorstand der katholischen Kirchengemeinde des Stadtteils Burgsteinfurt wird ein unverbindliches Vorschlagsrecht eingeräumt. Die von den Kirchen vorgeschlagenen Mitglieder werden auf die Zahl der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger angerechnet.“

Artikel II

Diese Satzung tritt am 26.11.2020 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- e) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- f) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- g) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- h) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 25.06.2021

Az.: 20/meyer

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 46b „nördlich Altemarktstraße“ - 8. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst hier: Rechtsverbindlichkeit

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 24.06.2021 die 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46b "nördlich Altemarktstraße" mit den Festsetzungen nach § 9 Baugesetzbuch (BauGB) und § 89 Bauordnung NRW als Satzung zusammen mit der Begründung beschlossen:

„Gem. § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung wird die 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46b „nördlich Altemarktstraße“ gemäß § 13a BauGB mit ihren Festsetzungen nach § 9 BauGB und § 89 Bauordnung NRW als Satzung beschlossen.“

Die Begründung wird ebenfalls beschlossen.“

Der Geltungsbereich ist aus den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten ersichtlich.

Es wird darauf hingewiesen,

dass gem. § 7 (6) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), in der zuletzt geltenden Fassung, die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann,

es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der/die Bürgermeister/in hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet, oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Steinfurt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, und

dass die Verletzung der in § 214 der Neufassung des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften gem. § 215 BauGB dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden ist. Mängel des Abwägungsvorgangs sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist schriftlich darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 (3) Satz 1 und 2 sowie (4) der Neufassung des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die 8. Änderung des Bebauungsplanes und die Begründung liegen bei der Stadtverwaltung Steinfurt im Rathaus, Stadtteil Borghorst, Emsdettener Straße 40, Zimmer 238 bis 240 vom Tage dieser Bekanntmachung an zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden öffentlich aus.

Über ihren Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Auf die Überleitungsvorschriften in § 233 BauGB wird hingewiesen.

Dieses wird gem. §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), in der zuletzt geltenden Fassung, sowie § 10 (3) BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geltenden Fassung, sowie § 2 (4) Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW S. 516), in der zuletzt geltenden Fassung, und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der zuletzt geltenden Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Übereinstimmungsbestätigung:

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 24.06.2021 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

Bekanntmachungsanordnung:

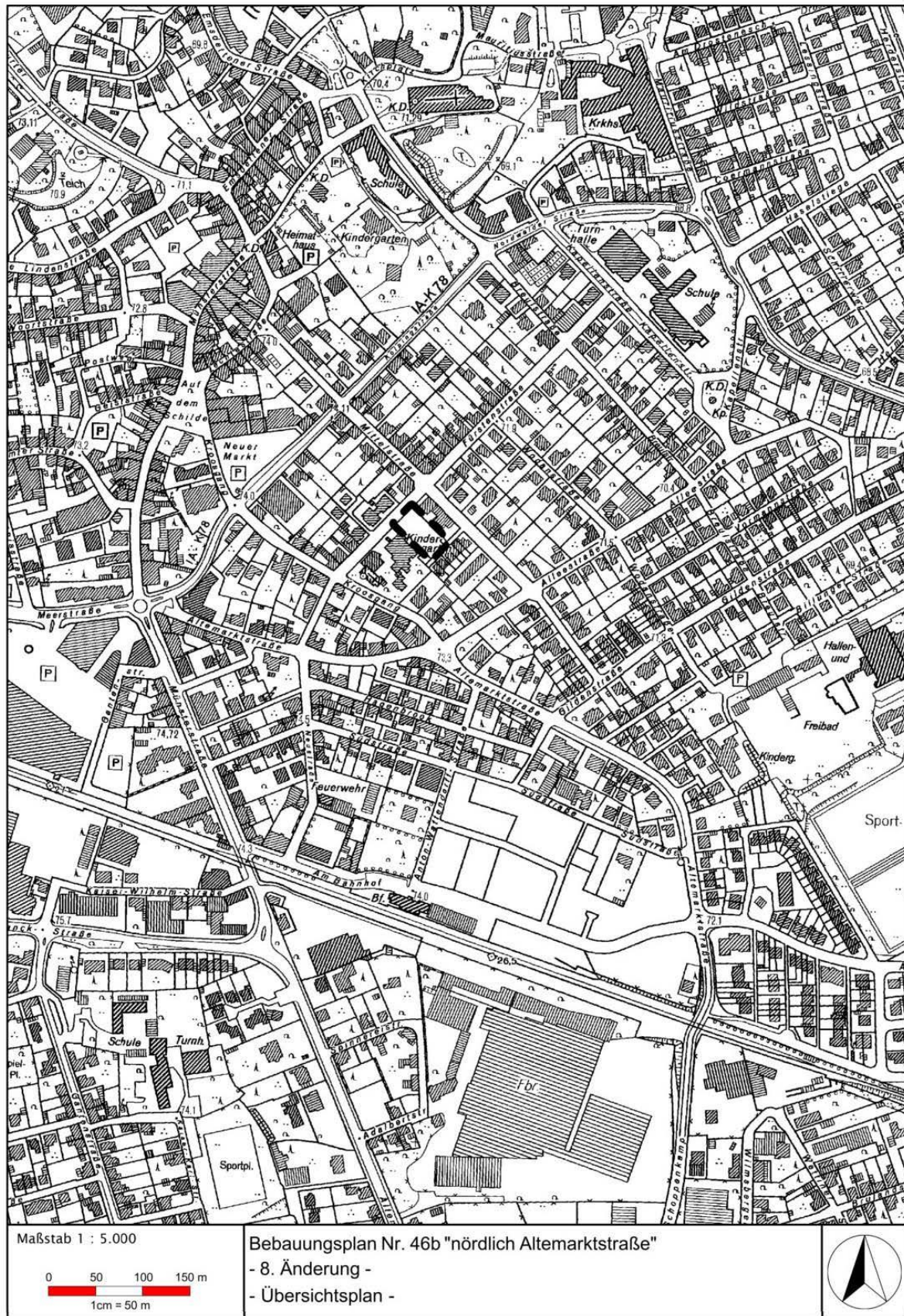
Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gem. § 10 (3) BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wird gem. § 10 (3) BauGB die 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46b "nördlich Altemarktstraße" rechtsverbindlich.

Steinfurt, 28.06.2021

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin





Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 63b „Gewerbegebiet Seller-Esch – Teil III“

1. Aufstellung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt

hier: 1. Aufstellung gem. § 2 (1) BauGB

2. Durchführung der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB in der Zeit vom 09.07.2021 bis zum 20.08.2021

1. Aufstellung gem. § 2 (1) BauGB

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 06.02.2020 den nachstehend aufgeführten Beschluss gefasst:

„Zur Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung wird für die Grundstücke Flur 43, Flurstücke 141 und 275 (Teilfläche) der Gemarkung Burgsteinfurt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 63b „Gewerbegebiet Seller Esch, Teil III“ beschlossen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 63b wird wie folgt umgrenzt.

Westen:

Vom südwestlichen Grenzpunkt des Flurstück 141 in nördliche und östliche Richtung durch die westliche Grenze des letztgenannten Flurstücks bis zum nördlichsten Grenzpunkt des Flurstücks 141, von dort weiter in Richtung Norden durch die östliche Grenze des Flurstücks 140, in Verlängerung dieser Linie durch das Grundstück Flurstück 275 bis auf die nördliche Grenze des Flurstücks 275;

Norden:

vom letztgenannten Punkt in Richtung Osten durch die nördliche Grenze des Flurstücks 275 auf einer Länge von ca. 103 m;

Osten;

vom letztgenannten Punkt in Richtung Süden in einer geraden Linie durch das Flurstück 275 bis zum nordöstlichen Grenzpunkt des Flurstücks 141, von dort weiter in Richtung Süden durch die östliche Grenze des Flurstücks 141 bis zum südöstlichen Grenzpunkt dieses Flurstücks;

Süden :

Vom letztgenannten Punkt in Richtung Westen durch die südliche Grenze des Flurstücks 141 bis zum südwestlichen Grenzpunkt des Flurstücks 141.

Alle genannten Flurstücke liegen in der Flur 43 der Gemarkung Burgsteinfurt.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 63b ist dem angehängten Lageplan zu entnehmen.

Die Beteiligung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB und die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sind durchzuführen.“

2. Durchführung der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB in der Zeit vom 09.07.2021 bis zum 20.08.2021

Gemäß § 3 (1) BauGB wird das Verfahren zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung durchgeführt. Die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung werden öffentlich dargelegt und die voraussichtlichen Auswirkungen aufgezeigt.

Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung. Der Entwurf des Bebauungsplanes nebst Begründung (inkl. Anlagen) liegen im Foyer des Rathauses, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche aus.

Es besteht die Möglichkeit, in der Zeit vom

09.07.2021 bis zum 20.08.2021

während der Dienststunden im Rathaus, Fachdienst Stadtplanung u. Bauordnung, Zimmer 238 bis 240, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, Äußerungen zum Beispiel per E-Mail, schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorzubringen.

Aufgrund der dynamischen Ausbreitung des Corona-Virus sind Besuche aktuell bis auf unbestimmte Zeit im Rathaus in der Zeit

Montag bis Freitag 08:00 bis 12:00 Uhr,

Montag und Donnerstag 14:00 bis 16:00 Uhr

nur nach telefonischer Vereinbarung möglich. Bitte melden Sie sich unter Telefon-Nummer 0 25 52 / 925 – 238 oder 239 an. Die gesetzlich vorgeschriebene Auslegungsfrist ist aufgrund der besonderen Umstände in Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens um 2 Wochen ausgedehnt worden.

Nach Ablauf dieser Frist abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a (6) BauGB bei der Beschlussfassung über die Änderung des Bebauungsplanes unberücksichtigt bleiben.

Folgende umweltbezogene Informationen liegen bereits vor und können eingesehen werden:

- Artenschutzvorprüfung des Büros arbeitsgruppe raum & umwelt, Münster, vom 16.06.2021 mit Aussagen zu **planungsrelevanten Tier- und Pflanzenarten**
- Schalltechnisches Gutachten des Planungsbüros für Lärmschutz, Altenberge, vom Juli 2015 mit Informationen zu den **Schallemissionen und -immissionen** im Plangebiet und der näheren Umgebung
- Bedarfsplanung der Ing.-Gesellschaft Tuttahs & Meyer, Bochum, vom April 2020, mit Aussagen zu den **Entwässerungsmöglichkeiten** im Plangebiet
- Karte der **schutzwürdigen Böden** (Geologischer Dienst NRW).

Folgende Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** liegen vor:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt.

Gemäß § 4a (4) BauGB ist ergänzend zu der vorgenannten Beteiligung der Öffentlichkeit auch eine Einsichtnahme in die o. a. Unterlagen auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse www.steinfurt.de, Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“, möglich.

Übereinstimmungsbestätigung:

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 06.02.2020 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

Bekanntmachungsanordnung:

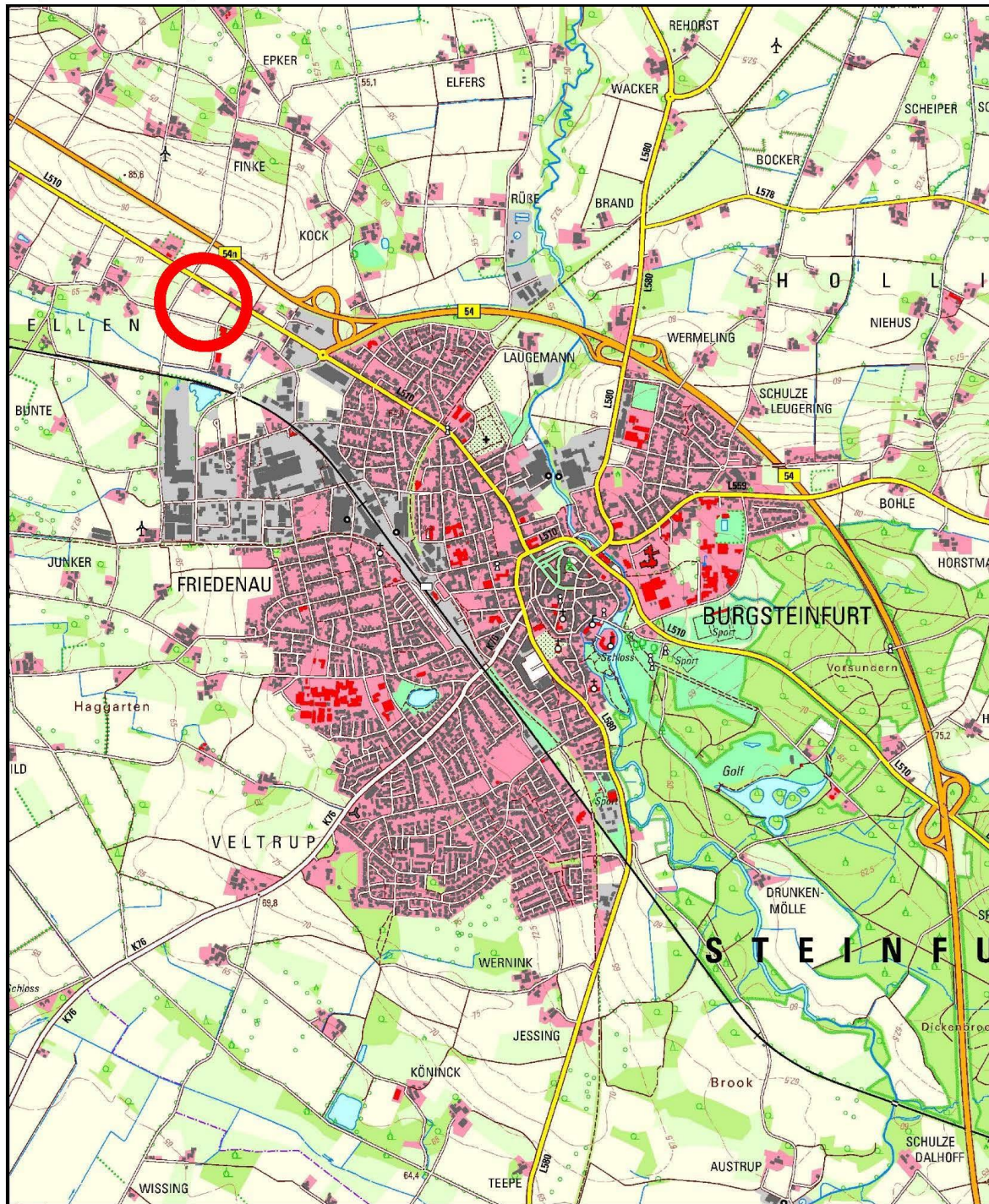
Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gem. § 3 (2) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der zuletzt geänderten Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Steinfurt, 28.06.2021

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt
Bebauungsplan Nr. 63b „Gewerbegebiet Seller Esch, Teil III“
Lage im Stadtgebiet



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 25.000



